

März 2006 - 21.3.2006

Barbara Ingenkamp, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie um die Zusendung gebeten haben oder weil wir annehmen, dass Sie an den Informationen interessiert sind. Sollten Sie in Zukunft keinen Newsletter mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns dies bitte kurz mit. Wir werden Sie sofort aus dem Verteiler streichen. Wenn Sie weitere Interessentinnen und Interessenten für den Newsletter haben, freuen wir uns ebenfalls über eine Nachricht.

Inhalt:

- 1. Aus dem Sozialausschuss**
- 2. Teilnahme an Sprachkursen nach dem Zuwanderungsgesetz**
- 3. Integrationskurse - Jahresbilanz 2005**
- 4. Veranstaltung "Mehrsprachigkeit - ein Reichtum für alle"**
- 5. Muslimische Kinder in der Schule**
- 6. Das Zuwanderungsgesetz und die Kinder- und Jugendhilfe**
- 7. Selbstorganisation älterer Menschen**
- 8. Spätaussiedler ins Ehrenamt – vom Hilfeempfänger zum Helfer**
- 9. Kampagne „Rauchfrei 2006“**
- 10. Drogen- und Sucht der Bundesregierung setzt seine Arbeit fort**
- 11. Nationales Aktionsforum Diabetes mellitus (NAFDM)**
- 12. Hinweise und Termine**

1. Aus dem Sozialausschuss:

- **Beratung des Haushalts 2006 und 2007**

Im Mittelpunkt stand die Beratung des Doppelhaushalts 2006 und 2007, der Finanzplanung und des Investitionsprogramms 2006 bis 2010, sowie des Haushaltssicherungskonzepts 2005 bis 2010.

Die Haushaltssituation der Stadt verlangt teilweise empfindliche Kürzungen der Zuschüsse, dennoch bleibt das soziale Netz insgesamt erhalten. Bereits im Vorfeld der Haushaltsanmeldungen hat die Verwaltung versucht, im Gespräch mit Trägern und Anbietern, Wege zu finden, die erforderlichen Angebote trotz Kürzungen aufrecht zu erhalten. Auf Initiative der Koalitionsfraktionen werden für freie Träger, die in Bonn Leistungen erbringen, bis zur Genehmigung des Haushaltssicherungskonzepts die Abschlagszahlungen zu einem Zwölftel nicht mehr auf der Basis von 80 %, sondern unter Zugrundelegung der im Haushaltsplanentwurf 2006 und vielen Bereichen bereits gekürzten Ansätze geleistet. Soweit die bisherigen Überweisungen gekürzt wurden, werden diese zurückgenommen. Mit dieser Maßnahme soll die Aufgabenerfüllung der freien Träger ermöglicht und ihre Arbeitsplätze nicht gefährdet werden.

Beschlussvorlage der Verwaltung:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0610063NV3.htm

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0610063NV36.htm

Eine Bürgerbroschüre informiert über die städtische Haushaltssituation

http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/buergermitwirkung/buergerhaushalt2006/index.html?lang=de

- **Bonn-Ausweis bleibt erhalten**

Trotz Haushaltssicherungskonzept und schwieriger Finanzlage der Stadt bleibt der Bonn-Ausweis erhalten. Er ist ein wichtiges Symbol für die soziale Verantwortung der Bonner Kommunalpolitik. Während andere Kommunen wie die Stadt Köln diesen Ausweis längst abgeschafft haben, hält Bonn am Ausweis fest. Er erleichtert besonders kinderreichen Familien, Alleinerziehenden und Älteren mit geringem Einkommen die Teilnahme an städtischen Angeboten, wie zum Beispiel Schwimmbäder, Kindertagesstätten, OGS oder Bonner Altenhilfe. Außerdem beinhaltet er auch Fahrpreisermäßigungen bei den Bonner Stadtwerken.

Für die SPD-Fraktion ist der Erhalt des Bonn-Ausweises wie auch die Rücknahme der "Haushaltssperre" für die freien Träger ein wichtiges Anliegen.

- **Diskussion zu Drogenszene und Bonner Loch**

Diskussionsgrundlage war die große Anfrage von Bündnis 90 / Grüne und ein Antrag der CDU-Fraktion zur Drogenszene, der aus dem Hauptausschuss in den Sozialausschuss als zuständigem Fachausschuss überwiesen wurde. Mit Hinweis auf den Runden Tisch, zu dem die beiden Kirchen eingeladen haben, wurde der Antrag abgelehnt.

Eine ausführliche Stellungnahme der Verwaltung und des Polizeipräsidenten zu beiden Drucksachen finden Sie unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0513736.htm

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0513736ST3.htm

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0610087.htm

- **„Augenblickmal: checkit bonner event sprinter“**

Zu Weiberfastnacht war der Bus mit Namen „bonner event sprinter“ zum ersten Mal im Einsatz. Es ist ein neues mobiles suchtpreventives Angebot, das vom Amt für Soziales und Wohnen konzeptionell und finanziell unterstützt wird und gemeinsam von Mitarbeiter/innen von streetwork@18 und der Fachstelle für Suchtvorbeugung (Caritas/Diakonisches Werk) mit so genannten „peers“, ausgebildete jugendliche Ansprechpartner/innen, durchgeführt wird.

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0610380.htm

Mehr zu der Aktion finden Sie unter:

http://www.godesheim.de/godesheim/pages/aktuelles_index-fs.html?godesheim/pages/inhalt/aktuelles/Karneva_sprinter.html

<http://www.diakonie-bonn.de/Downloads/Augenblickmal.pdf>

- **Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger**

Wie geht es weiter nach Beendigung des „Follow-Up“? Dazu hat die Verwaltung dem Ausschuss zunächst nur eine Mitteilung vorgelegt. Für die nächste Sitzung des Ausschusses wird die Verwaltung eine Beschlussvorlage vorbereiten, die dann die aktuellsten Erkenntnisse zur Studie berücksichtigt.

Ein Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der Lenkungsgruppe der Heroinstudie vom 23.01.2006 ist der Mitteilung beigelegt. Dort finden Sie den Zeitplan für die weiteren Schritte: Arzneimittelzulassung durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, Änderung des Betäubungsmittelgesetzes, des Arzneimittelgesetzes und der Betäubungsmittelverschreibungsordnung.

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0610487.htm

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/O/pdf/06/0610487ED2.pdf

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/O/pdf/06/0610487ED3.pdf

Beschlussvorlage der Verwaltung zum Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger - Follow-Up (04/2005 – 06/2006)

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510517.htm

Weitere Informationen zur Studie:

<http://www.heroinstudie.de/>

- **Wohnungskonzept – Wohnungsbindungsgesetz**

Die Verwaltung hat ein Wohnungskonzept mit verstärkter sozialer Betreuung vorgelegt, das im nächsten Sozialausschuss am 23. Mai beraten wird.

Sie finden es unter: http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0513171NV4.htm

Eine Verlängerung des Wohnungsbindungsgesetzes, Verordnung zu § 5 a, für die Städte mit erhöhtem Wohnbedarf wie Bonn, ist erneut vom Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes abgelehnt worden.

Die Mitteilung der Verwaltung und den Brief des Ministers finden Sie unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0610444.htm

Übersicht über die Beratungsergebnisse der Ausschuss-Sitzung :

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0610688SO.htm

2. Teilnahme an Sprachkursen nach dem Zuwanderungsgesetz

Im vergangenen Jahr waren insgesamt 64.120 neu zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer zur Teilnahme an einem Sprachkurs verpflichtet.

Die Zahl der 2005 begonnenen Integrationskurse wird von der Regierung mit 8.196 angegeben. Bei den Integrationskursen wird zwischen Kursen für Neuzuwanderer und Kursen für bereits in Deutschland länger lebende Ausländern unterschieden.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/16/006/1600639.pdf>

<http://dip.bundestag.de/btd/16/007/1600725.pdf>

3. Integrationskurse - Jahresbilanz 2005

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) Die Bilanz finden Sie als Download unter:

http://www.bamf.de/cln_043/nn_565184/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Downloads/Integrationskurse/Kurstraeger/fp-jahresbilanz-kurse-2005,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/fp-jahresbilanz-kurse-2005.pdf

4. Veranstaltung "Mehrsprachigkeit - ein Reichtum für alle"

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen in NRW veranstaltet am 6. April 2006, 17:00-19:30 Uhr eine Tagung zum Thema

"Mehrsprachigkeit - ein Reichtum für alle". Die Veranstaltung findet in den Räumen der Landeszentrale für politische Bildung, Stadttor 1, 40219 Düsseldorf statt.

Näheres erfahren Sie unter:

Tel. 02 11 / 9 94 16 - 0, fax: 02 11 / 9 94 16 - 15, e-mail: info@laga-nrw.de.

5. Muslimische Kinder in der Schule

Die Integration von muslimischen Kindern in Schulen gehört zu den großen Herausforderungen für Bildungssystem und Gesellschaft. Gemeinsam von Eltern, Schule und Gesellschaft erarbeitete Handlungskonzepte sind bei der schulischen Integration von großer Hilfe.

Das Islamforum NRW hat Informationen und Empfehlungen dazu veröffentlicht, die man kostenlos beziehen kann bei: Groeben-Stiftung

c/o Interkultureller Rat in Deutschland, e-mail: im@interkultureller-rat.de

Die Empfehlung kann auch abgerufen werden unter:

[http://www.interkultureller-](http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Islamforum/06_0221_B_Islamforum_NRW.pdf)

[rat.de/Themen/Islamforum/06_0221_B_Islamforum_NRW.pdf](http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Islamforum/06_0221_B_Islamforum_NRW.pdf)

6. Das Zuwanderungsgesetz und die Kinder- und Jugendhilfe

Unter diesem Titel hat der Paritätische Wohlfahrtsverband eine neue Arbeitshilfe erstellt.

Diese Publikation kann unter Übernahme der Portokosten beim Paritätischen

Wohlfahrtsverband bezogen werden:

Fax: 0202 2822-110, e-mail: mail@paritaet-nrw.org

7. Spätaussiedler ins Ehrenamt – vom Hilfeempfänger zum Helfer

Das ist ein Projekt des Deutschen Roten Kreuzes, Kreisverband Bonn, das 2002 begann und mit Mitteln des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gefördert wurde. Es hat sich inzwischen zu einer erfolgreichen Dauereinrichtung in der Aussiedlersozialarbeit des Bonner DRK entwickelt.

Integrationslotsen und Dolmetscherpool, Grüne Damen, Gruppenangebote und kulturelle Veranstaltungen, Information und Beratung werden zunehmend und mit viel Erfolg von der Gruppe der Spätaussiedler und der jüdischen Emigranten selbst übernommen
Weitere Informationen bei: Aussiedlerberatungs- und Betreuungsstelle, DRK KV Bonn
Frau Brunhilde Weinert, Tel. 983117, e-mail: weinert@kv-bonn.drk.de

8. Selbstorganisation älterer Menschen

In einem Modellprogramm berät das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Kommunen beim Aufbau innovativer Altenarbeit. Dabei geht es vor allem um die Stärkung von Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements sowie um Ansätze, bei denen ältere Menschen eigenverantwortlich Aufgaben für das Gemeinwesen übernehmen.

Durchgeführt wird das Programm durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS-Frankfurt a. M.). Dort werden Beispiele für eine gelungene Überführung von Aufgaben in Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger gesammelt sowie die Erfahrungen der Kommunen und der Freiwilligen ausgewertet.

Mehr unter:

<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Presse/pressemitteilungen,did=67546.html>

9. Kampagne „Rauchfrei 2006“

Am 1. März eröffnete Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt als Schirmherrin die Nichtraucherkampagne „Rauchfrei 2006“. Es ist eine gemeinsame Kampagne des Bundesamtes für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und des Deutschen Krebsforschungszentrums (dkfz), die zum 4. Mal alle zwei Jahre durchgeführt wird. 2004 nahmen über 90.000 Menschen teil, davon sind heute 30.000 rauchfrei. 2002 waren es 20.000 neue NichtraucherInnen. Die Kosten für tabak-bedingte Krankheiten liegen schätzungsweise bei 17 Mrd.

Es sind Preise im Gesamtwert von 10.000 Euro zu gewinnen.

Ab 1. März 2006 liegen die Teilnahmekarten in Apotheken, den Geschäftsstellen der AOK, der Barmer Ersatzkasse und der BKK sowie in Arztpraxen, Kliniken, sozialen Einrichtungen und Betrieben aus. Interessierte Teilnehmer können sich auch im Internet anmelden unter: www.rauchfrei2006.de

10. Drogen- und Suchtrat der Bundesregierung setzt seine Arbeit fort

Der „Drogen- und Suchtrat“ hat sich auf seiner Sitzung am 6. März 2006 erneut konstituiert und setzt damit seine Arbeit aus der letzten Legislaturperiode fort.

Übergeordnete Zielsetzung ist die Reduzierung des Konsums von legalen und illegalen psychoaktiven Substanzen sowie die Verringerung von stoffungebundenen Süchten.

Der Drogen- und Suchtrat empfiehlt sich auf die im "Aktionsplan Drogen und Sucht" der Jahre 2005 und 2006 festgelegten Zielsetzungen und Maßnahmen zu konzentrieren:

- Die Quote der jugendlichen Raucherinnen und Raucher im Alter von 12 bis 17 Jahren soll weiter deutlich gesenkt werden. Je früher mit dem Rauchen begonnen wird, desto eher treten gesundheitliche Schäden auf. Umgekehrt gilt: Je länger der Beginn des Rauchens hinausgezögert werden kann, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass mit dem Rauchen erst gar nicht begonnen wird. Dieser Trend soll gefördert werden.
- Die Quote der jugendlichen Konsumenten von Alkohol soll gesenkt und das "binge drinking" soll reduziert werden. Der frühe Einstieg in den Alkoholkonsum soll hinausgezögert, der Einstieg insbesondere von Mädchen durch den Konsum von Alkopops, soll nachhaltig unterbunden werden.
- Die Quote von Cannabiskonsumern soll deutlich gesenkt werden. Bei den illegalen Drogen spielt Cannabiskonsum die Hauptrolle, über ein Viertel der Jugendlichen hat damit Erfahrungen, wobei es nur noch geringe Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland gibt. Zunehmend wird in den Einrichtungen der Jugend- und Drogenhilfe

von riskanten Konsummustern und Mischkonsum berichtet. Die Zahl derjenigen, die in Beratungsstellen betreut werden, hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Deshalb ist Handlungsbedarf gegeben.

Ebenso wird der Drogen- und Sucht rat die verschiedenen Strategien zur Eindämmung der mit der Abhängigkeit von illegalen Drogen, insbesondere der Heroinabhängigkeit, verbundenen erheblichen gesundheitlichen und sozialen Schäden sorgfältig beobachten. Das gilt für die Verbesserung der Wirksamkeit von verschiedenen Maßnahmen der Überlebenshilfen ebenso wie für ambulante und stationäre Maßnahmen der Behandlung, sowohl im Rahmen von Abstinenztherapien wie auch von substituionsgestützter Behandlung der Opiatabhängigkeit.

Der Drogen- und Sucht rat bezieht die **Ergebnisse des Modellprojektes einer heroingestützten Behandlung** in seine Überlegungen ein. Da die Teilhabe am Arbeitsleben eine wesentliche Grundlage zur Aufrechterhaltung der Abstinenz ist, sind hierbei insbesondere Maßnahmen zur sozialen und beruflichen (Wieder)-eingliederung Suchtkranker einzubeziehen, die durch die Bundesagentur für Arbeit und die Träger der Jugend- und Sozialhilfe erbracht werden. Für den Drogen- und Sucht rat kommt der frühzeitigen Erkennung und Behandlung einer Suchterkrankung eine erhebliche Bedeutung zu, um eine Abhängigkeitsentwicklung zu vermeiden bzw. frühzeitiger zu behandeln.

http://www.bmg.bund.de/cln_041/nn_600110/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse-Drogenbeauftragte/pm-7-3-06.html

11. Nationales Aktionsforum Diabetes mellitus (NAFDM)

In Deutschland leiden mindestens vier Millionen Menschen an einem diagnostizierten Diabetes mellitus. Hinzu kommt eine hohe Dunkelziffer, die von Experten auf rund zwei Millionen Menschen geschätzt wird. In der Zukunft ist besonders aufgrund der demographischen Entwicklung mit einem deutlichen Anstieg an Typ 2-Diabetes zu rechnen. Hinzu kommt die steigende Zahl an Kindern und Jugendlichen mit Übergewicht und Bewegungsmangel durch eine ungesunde Lebensweise. Hierdurch ist eine weitere Zunahme an Typ 2-Diabetes zu befürchten.

Das 2004 gegründete Forum wird vom Bundesministerium für Gesundheit finanziell unterstützt und hat sich bis heute zur wichtigsten Gemeinschaftsinitiative im Bereich des Diabetes mellitus entwickelt.

Das Aktionsforum bündelt die vielfältigen Initiativen, Programme und Konzepte unterschiedlichster staatlicher und nichtstaatlicher Stellen, um ein gemeinsames, koordiniertes und zielorientiertes Handeln aller Akteure zu erreichen.

Das Aktionsforum hat sich in kurzer Zeit als ein Netzwerk von hoher Kompetenz etabliert, das breite Anerkennung findet.

Dem Nationalen Aktionsforum Diabetes mellitus gehören die wissenschaftlichen und beruflichen (Fach)Gesellschaften, Krankenversicherungen, ärztliche Landesorganisationen, Betroffenen- und Selbsthilfeverbände, Forschungsinstitute und Universitäten sowie Partner aus der Industrie und den Medien an.

Weitere Informationen im Internet: www.nafdm.de/

12. Hinweise und Termine

"Sebastian-Dani-Medaille" für "unbürokratische Hilfe"

Zum 3. Mal wird von der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn die Sebastian-Dani-Medaille in Erinnerung an den legendären Stadtdirektor Sebastian Dani verliehen.

"Wir müssen helfen und nicht Akten anlegen". Dies war ein häufiges Zitat von Sebastian Dani und das Motto seiner Arbeit. In den 18 Jahren seiner Amtszeit als Stadtdirektor - von 1946 bis 1964 - hat er sich diesem immer verpflichtet gefühlt. Im Krieg von den Nazis verfolgt, war er nach dem Krieg und in den Jahren des Wiederaufbaus für den gesamten Sozialbereich verantwortlich.

Getreu seinem Motto wird die Medaille jährlich am 7. Juli, dem Todestag von Sebastian Dani, für "unbürokratische Hilfe" verliehen.

Bisherige Preisträgerinnen und Preisträger sind das Ehepaar Heike und Erwin Josef Thiebes und die Lehrerin Angelika Marquardt.

Für den Preis können Einzelpersonen, aber auch Gruppen oder Initiativen vorgeschlagen werden. Wer Nachbarn, Freunde oder andere Personen kennt, die sich unbürokratisch für andere Menschen eingesetzt haben, soll sich mit der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn bis zum 1. Juni 2006 in Verbindung setzen.

Eine unabhängige Jury wird aus den Vorschlägen auswählen.

Zur Jury gehören:

Heinz Dani	als Vertreter der Familie Dani
Ulrich Hamacher	Geschäftsführer des Diakonischen Werks
Else Heinen	Kreisvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO)
Barbara Ingenkamp	Vorsitzende des Sozialausschusses der Stadt Bonn
Wilfried Klein	Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn
Else Rieser	Kreisvorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes
Eheleute Thiebes	Preisträger des Jahres 2004
Angelika Marquardt	Preisträgerin des Jahres 2005

Vorschläge bitte per e-mail, Fax oder Brief an die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, zu Händen des Fraktionsvorsitzenden Wilfried Klein.

Adresse: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Altes Rathaus, 53111 Bonn,

e-mail: spd.ratsfraktion@bonn.de

Einladung zum „Tag der älteren Generation“



Am ersten Mittwoch im April finden traditionsgemäß, seit 1958, bundesweit in vielen Städten und Gemeinden öffentliche Veranstaltungen der SPD zum „Tag der älteren Generation“ statt. In diesem Jahr steht der Tag unter dem Leitgedanken: **„Kommune als soziale Heimat für Jung und Alt“**.

Die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 60 plus, Barbara Ingenkamp, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen, und die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn laden im Vorfeld des „Tages der älteren Generation“ zu einer Vortrags-Veranstaltung mit dem Abteilungsleiter Statistik der Stadt Bonn, Klaus Kosack, zum Thema „Demographischer Wandel in Bonn“ ein.

Die Veranstaltung findet statt am

Mittwoch, den 29. März 2006 um 18 Uhr
Fraktionssaal der SPD-Fraktion
Altes Rathaus,
(Eingang über die Rathausgasse)

Impressum: Barbara Ingenkamp, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen, Tel. 328866, E-mail: b.ingenkamp@freenet.de